

ARNOLD HÖFLER

Berufsschule im System dualer Berufsausbildung

1. Von der Berufsausbildung zum System dualer Berufsausbildung

Mit der Berufsschule wird das System dualer Berufsausbildung auf den Weg gebracht. Vorher liegt Berufsausbildung ausschließlich in Handwerksbetrieben, auf Bauernhöfen, in Handelsbetrieben und Fabriken. „Miterfinder“ des Systems dualer Berufsausbildung ist Georg Kerschensteiner. Der Bundesverband der Lehrer/innen an beruflichen Schulen stiftete vor über 50 Jahren zu Ehren Georg Kerschensteiner's die „Georg-Kerschensteiner-Plakette“. Die Plakette wurde u. a. verliehen an den Pädagogen und Philosophen, Prof. Dr. Theodor Litt, an den ehemaligen Staatssekretär im Hessischen Kultusministerium, Dr. Walter Müller und an den Berufspädagogen und langjährigen Schriftleiter „Die berufsbildende Schule“ Prof. Dr. Gustav Grüner, Technische Universität Darmstadt. Theodor Litt sagte bei der Verleihung der Plakette: „Ich wurde verlacht, verhöhnt, verspottet, weil ich den Bildungsbegriff des 19. Jh. nicht mehr vertrat. Die Menschen kennen die berufliche Bildung nicht.“ Aus Gründen, die sich bis zum Merkantilismus zurückverfolgen lassen, entstehen Handelsschulen. Handelsschulen werden Keimzelle u. a. der Höheren Handelsschule und Handelshochschule. Es gab weit mehr Handelsschulen in freier als in öffentlicher Trägerschaft. Viele IHK's unterhielten Handelsschulen ohne unmittelbare Ausbildungsbegleitung. Die letzte IHK-Handelsschule wurde in Hessen von der IHK Friedberg 1971 aufgegeben und als öffentliche Berufsfachschule, Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung, den beruflichen Schulen in Bad Nauheim angegliedert.

In Deutschland ist das System dualer Berufsausbildung vorherrschend. Schulische Berufsausbildung hat primär den Charakter einer „Nische“. Berufsausbildung ist im arbeitsteiligen Beschäftigungssystem verankert. Es gibt über 350 staatlich anerkannte Ausbildungsberufe. Ausbildungsberufe werden zunehmend differenziert und mit zunehmender Tendenz in Funktionen zerlegt, z. B. Kaufmann/Kauffrau für Dialogmarketing, Servicefachkraft für Dialogmarketing. Sie entsprechen dem Beschäftigungssystem, das durch Wandel an Berufsbildern und Arbeitsplatzwechsel gekennzeichnet ist. Nicht erkannte oder nicht erkennbare technische Entwicklungen machen die Richtung des Wandels schwer prognostizierbar. Berufsausbildung wird öffentlich verwaltet. Die Wirtschaft trägt die Verantwortung für ein ausreichendes betriebliches Ausbildungsplatzangebot. Berufsschule hat im System dualer Berufsausbildung eine ausbildungsbegleitende Funktion. Ausbildungsbetriebe und Berufsschulen arbeiten im System dualer Berufsausbildung partnerschaftlich zusammen. Wenn der Bund die praxisbezogene Ausbildung der Wirtschaft überlässt, geschieht dies in Erwartung, dass alle ausbildungsfähigen und -willigen Jugendlichen auch eine Chance auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten. Das Bundesverfassungsgericht stellt in seinem Urteil vom 15.12.1980 fest, dass die Wirtschaft die Möglichkeit hat, Ausbildungsplätze zu schaffen und vorzuhalten.

2. Ausbildungsziele der Berufsbildungsgesetze

Ausbildungsziel des Berufsbildungsgesetzes von 1969

Ein vom Bund eingesetzter Sachverständigenrat kommt in seinem Gutachten (zur Situation des arbeitenden Menschen heute) zu dem Schluss, Fortschritt der Technik verlangt mehr berufliche Spezialisierung, Wirtschaftsdynamik aufgrund des technischen Fortschritts mehr

Mobilität und Anpassungsfähigkeit. Beides soll mit einer breiten Bildung und Ausbildung aufgefangen werden. Prof. Dipl.-Ing. Georg Rothe legt eine umfangreiche Studie „Berufliche Bildung in Stufen“ am Beispiel Baden-Württembergs vor. Der Bundesgesetzgeber greift die Gedanken im Berufsbildungsgesetz vom 14.08.1969 auf. In § 1 Abs. 2 heißt es: „Die Berufsausbildung hat eine breit angelegte berufliche Grundbildung ...“ Vor allem der UABBi der KMK liest in diesen Passus eine Aufforderung zur Einführung des schulischen Berufsgrundbildungsjahres auf Berufsfeldbreite hinein. Das schulische Berufsgrundbildungsjahr entspricht der Grundstufe in Vollzeitform. Der Einsatz zur Einführung des schulischen Berufsgrundbildungsjahres (BGJ) führte nicht weiter, obwohl Bund und Handwerk anfänglich die Einführung des schulischen Berufsgrundbildungsjahres unterstützten (BLK: Berufsgrundbildungsjahr, Bericht über eine Auswertung von Modellversuchen 1979). Selbst eine unterjährige Anrechnung (6 Monate) durch Schwerpunktbildung im zweiten Halbjahr des schulischen Berufsgrundbildungsjahres in „breiten“ Berufsfeldern (z.B. „Metalltechnik“, „Elektrotechnik“ und „Wirtschaft und Verwaltung“) wird nicht sonderlich honoriert. Später geben Vertreter der Wirtschaft zu verstehen, dass das schulische Berufsgrundbildungsjahr mit der Wirtschaft nicht zu machen ist. Die Wirtschaft will Auszubildende vom ersten Tag der Ausbildung an in den Ausbildungsbetrieb einbinden. Berufsfeldbreite Grundbildung und darauf aufbauende Fachbildung werden von der Wirtschaft anders gesehen. Das schulische Berufsgrundbildungsjahr will Grundbildung in verwandten Berufen auf Berufsfeldbreite vermitteln. Grundbildung beschränke sich nicht auf das erste Jahr wie Fachbildung nicht auf die Fachstufe. Grundbildung und Fachbildung sind durchgängig und korrespondieren miteinander. Der ganzheitliche Ansatz betrieblicher Berufsausbildung, die im Beschäftigungssystem verankert ist, würde durchbrochen. Ein anderer Ansatz käme für die auszubildende Wirtschaft nicht in Frage. Außerdem wird festgestellt: Arbeitsplatzwechsel findet zwar häufig innerhalb eines Berufsfeldes statt, dafür gebe es aber keine Garantie; nicht selten sei ein Arbeitsplatzwechsel auch berufsfeldübergreifend.

Zur Vorbereitung des schulischen Berufsgrundbildungsjahres wurden in Hessen aufsteigende Fachklassen in Grundstufen auf Berufsfeldbreite und darauf aufbauende Fachstufen gebildet, wobei zu bemerken ist, dass das schulische Berufsgrundbildungsjahr in Hessen meist von Hauptschulabsolventen besucht wird, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Wer auch nach Besuch eines Berufsgrundbildungsjahres keinen Ausbildungsplatz erhält, kann von der weiteren Berufsschulpflicht entbunden werden. Schulisches Berufsgrundbildungsjahr hat weitgehend die Funktion einer „Warteschleife“.

Baden-Württemberg hat in den siebziger Jahren in den Gremien der KMK dem schulischen BGJ zugestimmt, war aber im eigenen Lande mit der Umsetzung zurückhaltend. Dies nicht ohne Grund, weil schon vor 1969 in Baden-Württemberg auf Betreiben des Handwerks meist für Einzelberufe einjährige Berufsfachschulen eingerichtet wurden. Für einjährige Berufsfachschulen gab es eine Bundesanrechnungsverordnung. Einjährige Berufsfachschulen werden vom Handwerk positiv beurteilt. Der Beirat der baden-württembergischen Handwerkskammern spricht sich für den weiteren Ausbau der einjährigen Berufsfachschulen aus. Die Handwerkskammern in Baden-Württemberg sind grundsätzlich bereit, einjährige Berufsfachschulen mit Durchschnittsnote mindestens 3,0 voll auf die Ausbildungszeit anzurechnen (Deutsche Handwerkszeitung vom 21.01.2009).

Ausbildungsziel des Berufsbildungsgesetzes von 2005

Im Berufsbildungsgesetz von 2005 ist von einer breiten Grundbildung keine Rede mehr. Ziel der Berufsausbildung ist die berufliche Handlungsfähigkeit in einer sich wandelnden Arbeitswelt. Der Ausbildungsberuf soll voll zum Tragen kommen und prägende Kraft werden. Die Fortbildung erhält einen neuen Stellenwert. Das Bundesinstitut für Berufsbildung legt kürzlich für die Erstellung handlungsorientierter – an realen Arbeitsprozessen ausgerichteten – Arbeitsaufgaben einen „Werkzeugkasten“ vor. Der Werkzeugkasten enthält auch einen Kriterienkatalog für die Beurteilung der Handlungsorientierung und praxisnaher Beispiele.

Jugendliche sollen schon während der Ausbildung qualifizierende Tätigkeiten ausüben: Aufträge planen, durchführen und kontrollieren. Der Werkzeugkasten kann sicherlich auch bei der Vorbereitung von Klausuren der Berufsschule vorteilhaft eingesetzt werden. Die berufliche Kompetenz soll in Prüfungen möglichst realitätsnah nachgewiesen werden. Handlungsorientierte Prüfungen sind ein wichtiges Instrument, auch die Qualität der Ausbildung zu sichern. Der „Werkzeugkasten“ war zunächst für kaufmännische Ausbildungsberufe gedacht, soll aber auf Ausbildungsberufe im gewerblich-technischen und im Medienbereich ausgedehnt werden. Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung regte auch kürzlich einen Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) an, der das Kompetenzniveau schulischer, beruflicher, betrieblicher und hochschulischer Bildungssysteme bestimmt und in einem Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) aufgehen soll. Ausbildungsbetriebe und Berufsschulen stehen vor einem Paradigmenwechsel: Handlungsfähigkeit und Handlungsorientierung sind qualitative Größen. Durch zeitliche und sachliche Abstimmung der Lehrpläne für den berufsbezogenen Unterricht mit den betrieblichen Ausbildungsrahmenplänen wird die Geschlossenheit im System dualer Berufsausbildung weiter befördert: Auf mehr quantitativen Kenntniserwerb folgt nun mehr ein qualitativer Kompetenzerwerb.

3. Berufsschule im System dualer Berufsausbildung

Organisation

Berufliche Schulen werden in das Gesamtbildungssystem einbezogen. Überwindung des Gegensatzes allgemeiner und beruflicher Bildung läuft auf Gleichwertigkeit im schulischen Bildungssystem hinaus. Über zwei Drittel aller Berufsschüler bringen mindestens einen mittleren Abschluss mit, davon über 25 % das Abitur, was zur Umstrukturierung der Berufsschule Anlass geben könnte. Ausbildungsberuf und Vorbildung sind Kriterien der Klassenbildung der Berufsschule. Es gibt viele „gemischte Klassen“. Es kommt vor, dass in einer Klasse Abiturienten neben Schülern mit mittlerem Abschluss und Hauptschulabsolventen sitzen. „Splitterberufe“ werden regional erfasst. Seit 1969 werden in Hessen zwölf Wochenstunden Berufsschulunterricht erteilt. Der Unterrichtsumfang sollte um eine Wochenstunde erhöht werden. Der Berufsschulunterricht sollte in einen Pflichtbereich und einen Wahlpflichtbereich zerlegt werden. Der Pflichtbereich sollte abgestimmten berufsbezogenen Unterricht der Berufsschule, Politik und Religion/Ethik, umfassen. Der berufsbezogene Unterricht beträgt in der Regel acht Wochenstunden (KMK-Rahmenvereinbarung über die Berufsschule 1991), die in „gemischten (integrierten) Klassen“ mit ehemaligen Hauptschülern und reinen Hauptschulklassen eingehalten werden sollten. In relativ leistungshomogenen Klassen sollte der im Koordinierungsausschuss beschlossene Unterrichtsumfang gelten. Im Wahlpflichtbereich sollen Fremdsprachen entsprechend ihrer Bedeutung für den jeweiligen Ausbildungsberuf angemessen berücksichtigt werden. Für den Wahlpflichtbereich bieten sich ferner an: Kompensation, Verbesserung der Anschlussbedingungen, Deutsch für Ausländer, Sport, fachliche Ergänzungen, etc.

Unterrichtsverteilung

Verteilung des Berufsschulunterrichts ist in Hessen partnerschaftlich geregelt. Berufsschule legt in Abstimmung mit betrieblichen Ausbildern Unterrichtsverteilung fest. Festlegungskriterien sind pädagogische Aspekte und organisatorische Möglichkeiten der Berufsschule. Auch die Frage Verblockung bzw. Teilverblockung ist Gegenstand der Unterrichtsverteilung. Im Konfliktsfalle entscheidet das staatliche Schulamt. Vorher wurde die Unterrichtsverteilung an Berufsschulen zentral mit alternativen Vorgaben geregelt.

Partnerschaft

Berufsschule begleitet betriebliche Ausbildung partnerschaftlich. Berufsschule in der dualen Berufsausbildung ist neben der Integrationsarbeit partnerschaftlich mit den Ausbildungsbetrieben, den Gewerkschaften, den betrieblichen Ausbildern, Kammern, Innungen, Verbänden und Ausschüssen verbunden. Berufsschullehrer wirken bei den Abschlussprüfungen der Kammern partnerschaftlich mit. Zuständigkeit im System dualer Berufsausbildung schließt Partnerschaft ein. Das System dualer Berufsausbildung wird wesentlich von partnerschaftlicher Zusammenarbeit getragen. Berufsschullehrer sollten für ihre partnerschaftliche Zusammenarbeit eine Wochenstunde Ermäßigung auf ihre Pflichtstunden erhalten.

4. Vom Lernziel- zum Lernfeldkonzept

Anfang der siebziger Jahre werden Bildungspläne durch Lernzielkonzept ersetzt. Bildungspläne sind ihrem Selbstverständnis nach fachgebundene Stoffpläne. Lernziele sind fachgebunden. In Lehrgängen zusammengefasste Lernziele werden didaktisches Gestaltungsprinzip. Lernziele gehen auf den Behaviorismus zurück. Der Behaviorismus verkürzt das Spektrum des Psychischen auf messbare (= operationalisierbare) Lernsequenzen. Sinneseindrücke beruhen auf der Annahme einer konstanten Verbindung zwischen Stimulus (Reiz) und Reaktion (S-R-Schema). Denkipulse verlaufen linear (Formalstufen). Der Akzent liegt auf beobachtbarem Lernen und Lösungsverhalten. Häufigkeit der Wiederholung bestimmt vor allem die Lernqualität. Der Behaviorismus verliert inzwischen an Bedeutung. In der Wende zur Kognitionspsychologie wird eine Abkehr vom Behaviorismus gesehen.

In Modellversuchen der achtziger Jahre wird empfohlen, das Theorie-Praxis-Verhältnis für den berufsbezogenen Unterricht der Berufsschule neu zu bestimmen. „Handlungsorientierung“ soll den berufsbezogenen Unterricht der Berufsschule effektiver machen. Der UABBi greift „Handlungsorientierung“ auf und macht sie in der KMK-Rahmenvereinbarung über die Berufsschule von 1991 zum Unterrichtsprinzip. Der Durchbruch kam 1995, als der UABBi ein handlungsorientiertes Lernfeldkonzept vorlegt, das Aufgabenstellungen und Handlungsabläufe in den Mittelpunkt der Rahmenlehrplanarbeit stellte. Das Lernfeld wird didaktisches Gestaltungsprinzip der Lehrpläne für den berufsbezogenen Unterricht der Berufsschule. Das Lernfeld löst die fachsystematisch orientierten Lernziele der siebziger Jahre zugunsten thematisch-struktureller handlungsorientierter Lehrpläne ab. Seit 1995 werden KMK-Rahmenlehrpläne handlungsorientiert entwickelt. Aufgabenstellungen und Handlungsabläufe werden mit betrieblichen Ausbildungsrahmenplänen zeitlich und sachlich abgestimmt. KMK-Rahmenlehrpläne können unmittelbar als Lehrpläne in Kraft gesetzt werden.

Das Lernfeldkonzept löst Kritik bei Wirtschaftslehrern aus. Es geht um Buchführung (Rechnungswesen). Kein anderes Fach verlangt für das Verständnis soviel Systematik wie Buchführung. Das Lernfeldkonzept ist notwendig und nicht zurücknehmbar. Es gab Prüfungsordnungen, in denen Mathematik durch Buchführung ersetzt werden konnte. Buchführung war Hauptfach in der Handelsschule. Johann Wolfgang von Goethe hält Buchführung für eine der schönsten Erfindungen des menschlichen Geistes. Kommunen sind dabei, erhöhte Transparenz durch die Doppik im Vergleich zur Kameralistik zu schaffen.

5. Pädagogische Psychologie

Im vorigen Jahrhundert vollzieht sich in der Psychologie eine Umwälzung, die mit Begriffen wie Ganzheit, Gestalt, Feld, Einsicht, Verstehen umschrieben und für pädagogische Psychologie fruchtbar gemacht wird. Max Wertheimer stellt in Felduntersuchungen fest:

„Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile.“

„Ändert sich ein Teil, ändert sich das Ganze.“

- Max Wertheimer analysiert produktives Denken und untersucht Lernprozesse. Er kommt zu dem Schluss: „Verstehendes Lernen ist das beste Unterrichtsverfahren.“ Schülerfragen sollen im Vordergrund des Unterrichtes stehen. Warum-Fragen sind der beste Weg zu verstehendem Lernen.
- In Intelligenzprüfungen an Menschenaffen stellt Wolfgang Köhler fest, dass auch Tiere umfeldorientiert einsichtig handeln und zur Lösung praktischer Probleme Werkzeuge herstellen und einsetzen. Er wählt für seine Versuche Tiere, um den von keiner Erfahrung beeinflussten Lernprozess beobachten und erklären zu können.
- Kurt Lewin verfasst eine gruppenspezifisch orientierte „Feldtheorie des Lernens“ (1982).
- Karl Duncker untersucht Verstehensprozesse: Einsicht ist Lernen. Einsicht lässt sich nicht erzwingen. Einsicht in strukturelle Zusammenhänge. Einsicht setzt plötzlich ein. Oft findet Freude über Einsicht ihren Ausdruck in: „Aha“, „Jetzt geht mir ein Licht auf“, „Jetzt ist der Groschen gefallen“, „Jetzt hab ich’s kapiert“.
- George Katona unterscheidet zwischen Aufgabenlösen und Problemlösen. Beim Aufgabenlösen ist der Lösungsweg bekannt und richtig anzuwenden. Voraussetzung zur Lösung eines Problems ist, das dem Problem zugrunde liegende Prinzip zu erkennen.
- Wolfgang Metzger formuliert und ordnet im Wahrnehmungsfeld (= Figur-Grund-Verhältnis) gewonnene Gestaltgesetze (Gesetze des Sehens, z.B. Gesetz der Nähe, Gesetz der Geschlossenheit).
- Erich Gutenberg betont in seiner berühmten Rede 1957 in Köln: Einzelnes soll aus dem Ganzen heraus sinnvoll verständlich gemacht werden. Ganzheitlichkeit ist Voraussetzung für die Geschlossenheit eines Systems.

6. Perspektive

Das Lernfeldkonzept ist verstehens- und handlungsorientiert, ganzheitlich und fachübergreifend. Das Lernfeldkonzept gibt der Berufsschule im System dualer Berufsausbildung einen neuen Stellenwert.

Anschrift des Autors: Ltd. MR a.D. Arnold Höfler, Amorbacher Weg 5, 60599 Frankfurt